

Bericht zur Gemeinderatssitzung am 25.10.2018 im Großen Rathaussaal

Zur Sitzung des Gemeinderats begrüßte Bürgermeister Bertele die Mitglieder des Gemeinderates, Kommandant Martin Duelli und Herrn Jürgen Neusser von der Freiwilligen Feuerwehr, Architekt Ralf-Peter Häussler, Stuttgart, Ingenieur Siegfried Tsalos, Illerkirchberg, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse Ulm, Herrn Manfred Kornmayer, Frau Julia Pöllmann und Herrn Benjamin Eger von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er gab das Protokoll der vergangenen Sitzung bekannt und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Bürgerfrageviertelstunde

Herr Hasan Sen, Fa. Sen & Kramer, sprach das Baugebiet Mussinger Straße an der Weihung an. Er trug vor, dass sein Unternehmen habe von 2013 an einige Ideen und Planungen geleistet und dazu etwa 20.000 EUR für Planungen etc. ausgegeben, welche von der Gemeinde nie honoriert worden seien. Etwa 1 ½ Jahre habe seine Firma geplant, bis das Vorhaben im Jahr 2015 gestoppt worden sei.

Herr Hasan Sen betonte seine Freude, dass das Neubaugebiet nun auf dem Weg sei. Er bezeichnete es aber als unmoralisch, dass sämtliche Fachingenieurleistungen nochmals beauftragt worden seien. Es sei nahtlos an den von seinem Unternehmen entwickelten Plänen weitergearbeitet worden. Das Planungskonzept, welches nun veröffentlicht wurde, sei zu 90 % von der Firma Sen & Kramer entwickelt worden. Er frage sich, ob die Gemeinderäte das mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten. Seiner Meinung nach sei das Urheberrecht verletzt worden.

Er beteuerte, dass seine Firma die entwickelten Pläne an die Gemeinde verkauft hätte. Jedoch habe Herr Bürgermeister Bertele damals zu ihm gesagt, man könne dort kein Baugebiet erschließen. Weiter bemängelte er, dass schlussendlich vorhandene Ingenieurleistungen nochmals vergeben worden seien und eine Weiterentwicklung auf Grundlage der von ihm erstellten und bezahlten Pläne stattgefunden habe. Herr Hasan Sen hatte Mappen mit von ihm zusammengestellten Unterlagen mitgebracht und den Gemeinderäten sowie Herrn Glogger von der Südwest Presse Ulm überreicht. Der Bürgermeister erhielt keine Mappe, aber ein Gemeinderat gab dem Bürgermeister ein Exemplar leihweise weiter.

Herr Hasan Sen erhob eindringlich den moralischen Zeigefinger und betonte abschließend, dass es ihm nicht um Geld, sondern um Moral und Anstand gehe.

Bürgermeister Bertele zeigte sich erstaunt, dass Herr Hasan Sen deswegen mehrere Jahre nach den Verhandlungen nun auftrete und Beschuldigungen ausspreche. Er bat um Verständnis, dass er aus dem Stegreif nach etlichen Jahren keine Details aufzählen könne. Er erinnerte pauschal daran, dass das Gebiet im Gemeinderat seit 1985 kontrovers diskutiert wurde und dies auch in den letzten Jahren. Die Eigentümer hätten auf eine Baulandausweisung gedrängt und hätten nach diversen Verhandlungen auch eine private Erschließungsträgerschaft gefordert und beabsichtigt, hierbei Herrn Sen entsprechend zu beauftragen. Herr Sen habe hierauf aus eigener Veranlassung Vorschläge zur Realisierung eines Baugebietes vorgelegt.

Der Umstand, dass das Baugebiet einen schwierigen Untergrund habe, sei jedermann bekannt gewesen. Genau dies sei die Ursache der kontroversen Diskussionen um dieses Baugebiet gewesen.

Es müsse allen Beteiligten – und auch Herrn Hasan Sen- klar sein, dass die Ausweisung oder Nichtausweisung eines Baugebietes sowie die Frage, ob dies durch die Gemeinde oder in privater Trägerschaft erfolgt, kein sogenanntes Geschäft der laufenden Verwaltung in eigener Zuständigkeit des Bürgermeisters, sondern die Entscheidungen beim Gemeinderat lagen.

Es sei ein Gebot der Fairness, dass er zu der von Herrn Hasan Sen an die Gemeinderäte ausgeteilten Mappen erst nach deren und nach entsprechender Prüfung der Aktenlage detailliert Stellung nehmen könne.

Der Südwestpresse gegenüber nahm er am Freitagnachmittag (wegen Vormittagsterminen im Landratsamt) noch kurz Stellung.

Die Frage um ein Baugebiet im Bereich „Unterwasser“ sei auch im jetzigen Gemeinderat kontrovers diskutiert worden. Der Flurname „Unterwasser“ erkläre den Grund der kontroversen Diskussionen. Nachdem die Eigentümer darauf drängten, die Flächen als Bauland zu vermarkten, sei bei ihnen der Gedanke entstanden, selbige in eigener Sache bzw. in Zusammenarbeit mit Herrn Hasan Sen zum Bauland zu machen. Hierzu habe Herr Sen entsprechende Vorschläge vorgelegt. Der Bürgermeister habe ihm hierzu keinen Auftrag erteilt und ihm müsse klar gewesen sein, dass aufgrund privaten Drängens und er aufgrund seiner Vorschläge keine Ansprüche ableiten könne – ebenso wenig wie ein Unternehmer auf ein noch so umfangreiches Angebot oder ein Architekt bei einem Architektenwettbewerb automatisch ein Zuschlagsanspruch hat. Bürgermeister Bertele bezeichnete dies als klassisches unternehmerisches Risiko. Die behaupteten 20.000€ Planungsausgaben konnte ihm der Bebauungsplaner, Herr Erwin Zint, nicht bestätigen.

Das Vorgehen des Bürgermeisters habe jedenfalls der Beschlusslage im Gemeinderat bzw. ergangenen Diskussionsständen entsprochen. Der Umstand, dass der Bürgermeister nach außen und damit auch gegenüber Herrn Hasan Sen Beschlüsse zu vertreten habe, ergibt sich kraft Gesetzes, nämlich aus der Gemeindeordnung – auch wenn diese im Einzelfall nicht nach den jeweiligen Wünschen Einzelner ausfallen.

Die Beanstandungen von Herrn Hasan Sen gehen auf einen Zeitraum von 2013 bis zum 06.05.2015 zurück. Es erstaunte den Bürgermeister schon sehr, dass Herr Hasan Sen angebliche Verfehlungen des Bürgermeisters nach 3 ½ bis 5 Jahren ausgerechnet im Vorfeld der anstehenden Gemeinderatswahlen vortrage.

Selbstverständlich werde die Angelegenheit eingehend überprüft und Herr Sen erhalte entsprechende Nachricht, allerdings werde dies nicht mehr vor einem weiteren op-bedingten Krankenhausaufenthalt (ab 19.11.2018) möglich sein.

Wahlen bei der Freiwilligen Feuerwehr Illerkirchberg

Bürgermeister Bertele berichtete von den Neuwahlen In der ordentlichen Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Illerkirchberg am 12.10.2018 für die Wahlzeit von 5 Jahren. Der bisherige Gesamtkommandant hatte dabei angekündigt, ins zweite Glied zu treten und kandidierte nicht mehr als 1. Kommandant. Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis:

als Feuerwehrkommandant (neu)
als 1. Stellvertretender Kommandant (neu)
als 2. Stellvertretender Kommandant (neu)

Duelli, Martin
Johne, Matthias
Neusser, Jürgen

Nach § 11 Abs. 5 i. V. m. § 16 Abs. 5 und 6 der Feuerwehrsatzung der Gemeinde Illerkirchberg musste nun der Gemeinderat diesen Wahlen zustimmen.

Bürgermeister Bertele bedankt sich auch im Namen der Gemeinde und des Gemeinderats für die viele Stunden ehrenamtlicher Arbeit, die bei der Freiwilligen Feuerwehr Illerkirchberg geleistet wurde, allen voran den Kommandanten Er würdigt das ehrenamtliche Engagement der Feuerwehrkommandanten und ihrer Stellvertreter, die in Ihrer Freizeit allen Einwohnern einen überaus großen Dienst erweisen, indem sie sich um die Rettungs- und Feuersicherheit kümmern. .

Einstimmig wurde vom Gemeinderat die Zustimmung zu den Kommandantenwahlen gegeben.

Der neugewählte 1. Kommandant Martin Duelli bedankte sich hierauf für das Vertrauen des Gemeinderates und er sicherte zu, dass sich die neugewählten Kommandanten voll und ganz ihren Aufgaben widmen werden.

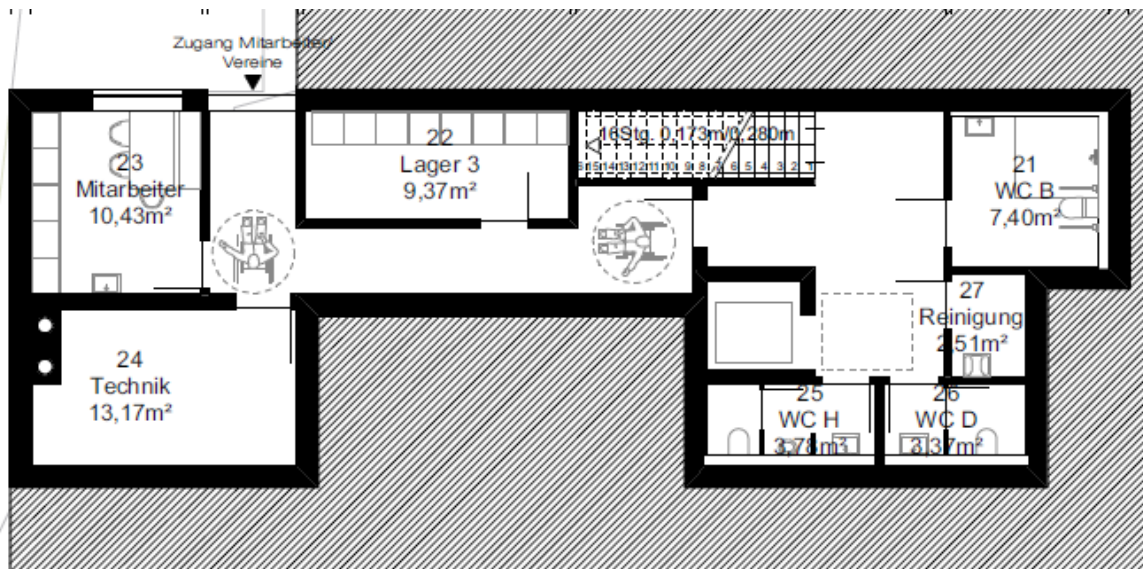
Neubau Kernzeitbetreuung Unterkirchberg – Vorstellung des Planentwurfs

Hierzu bat Bürgermeister Bertele den Architekten Ralf Häussler um die Vorstellung des Planentwurfes.

Anhand einer Präsentation erläutert Architekt Ralf Häussler dem Gemeinderat den Planentwurf.

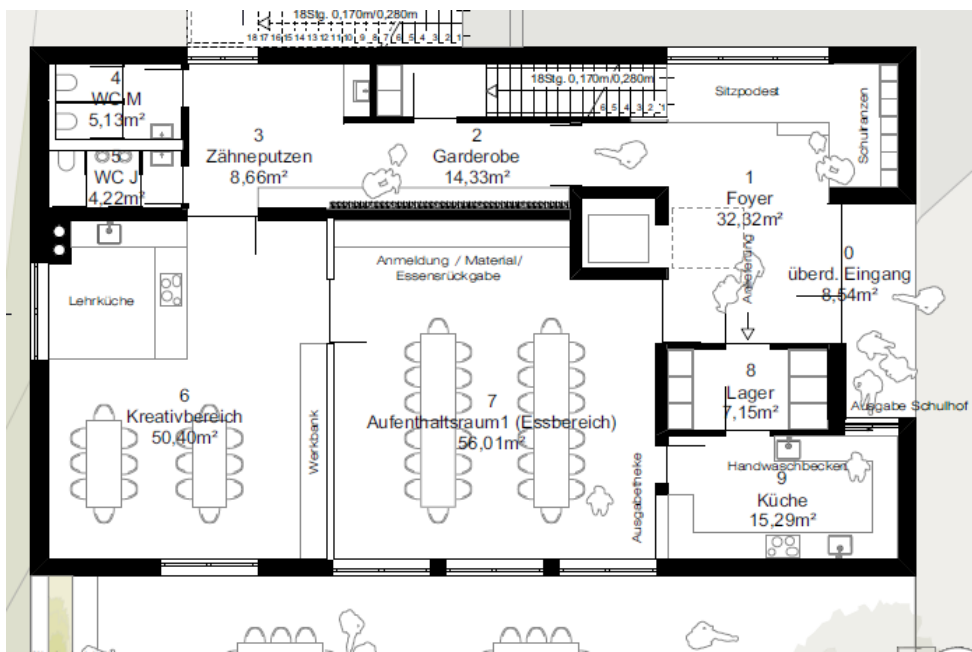
Aufgrund der Immissionen einer benachbarten Landwirtschaft müsse der Neubau der Kernzeitbetreuung näher an die Friedhofsmauer heranrücken. Er erläuterte seine Planung, beginnend beim Untergeschoß.

Untergeschoß



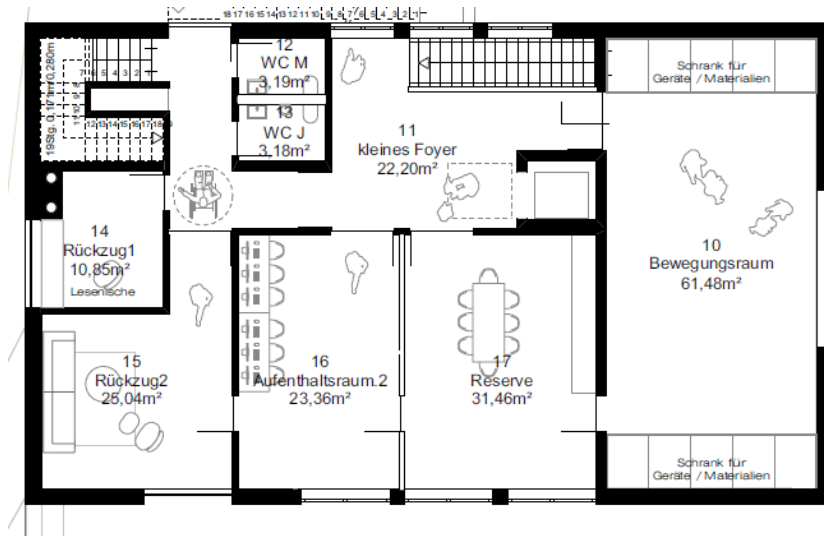
Für das Untergeschoß empfahl er aufgrund der Geländesituation eine Teilunterkellerung. Es ist ein Nebeneingang für Personal, Externe und Vereinsmitglieder vorgesehen. Zudem wurde im UG eine Umkleide für die Mitarbeiter geplant. Durch den Aufzug könnten die Mitarbeiter „intern“ nach oben in den Bereich der Kernzeitbetreuung gelangen.

Erdgeschoss



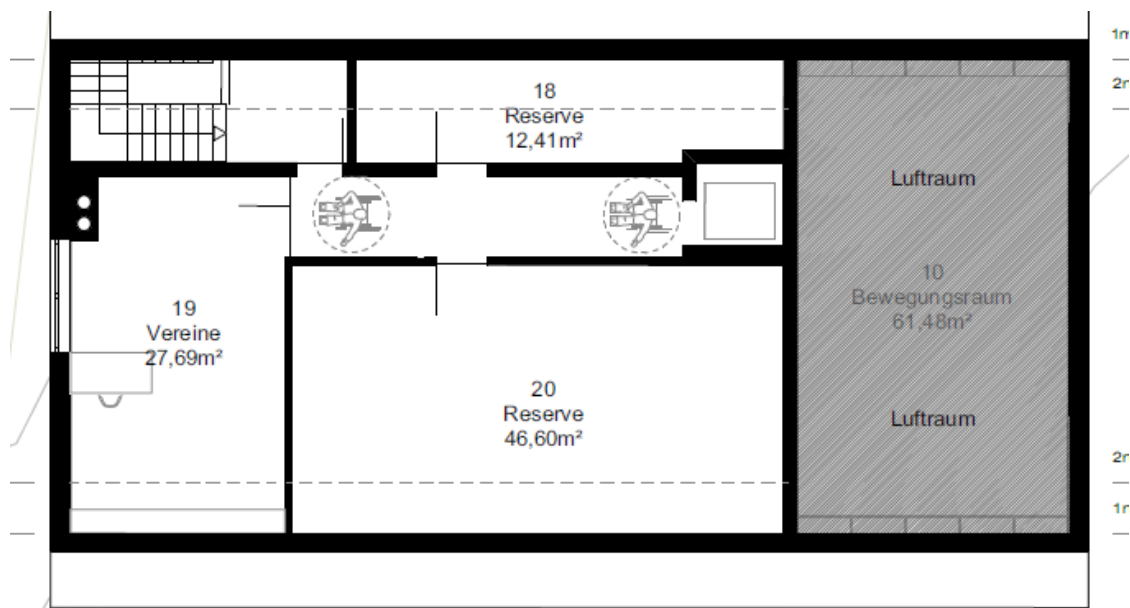
Über den überdachten den Haupteingang vom Schulhof aus gelange man in das Foyer. Dort befindet sich auch der Aufzug. Der Aufenthaltsraum 1 sowie der Kreativbereich orientiere sich an der Verglasung. Es sei ein direkter Ausgang in den Freibereich vorgesehen. Dort könnte man beispielsweise Beete anpflanzen.

Obergeschoss



Architekt Ralf Häussler erläuterte, dass die Kernzeitbetreuung im EG und OG statfinde. Über eine Treppe und den Aufzug gelange man in das kleine Foyer im Obergeschoss. Im Bewegungsraum ist eine verglaste Wand Richtung Schulhof und Pfarrhaus vorgesehen. Der Reserveraum war ursprünglich für die Vereinsnutzung eingeplant. Jedoch könne durch einen Ausbau des Dachgeschosses zusätzlicher Raum geschaffen werden. Beispielsweise würden sich dann Vereine, die Chorgemeinschaft etc. nicht inmitten der Kernzeitbetreuung aufhalten.

Dachgeschoss



Durch eine interne Treppe sowie den Aufzug könne man in das Dachgeschoss gelangen. Ein Raum von 30 m² ist für die Vereine vorgesehen. Durch den zusätzlichen Reserveraum kämen noch weitere insgesamt 86 m² mehr hinzu.

Eine schulische Nutzung sei im Dachgeschoss jedoch nicht möglich. Im Brandfall dürfe der Aufzug nicht benutzt werden. Vorgeschrieben sei für eine schulische Nutzung eine zweite Fluchttreppe. Sonst sei eine Nutzung jeglicher Art zulässig.

Nach der Vorstellung der einzelnen Gebäudegeschossflächen wurden Anregungen und Fragen aus dem Gemeinderat erörtert. Die Planungen fanden insgesamt Zustimmung.

Architekt Häussler stellte bezüglich des Dachgeschossausbaus die grundsätzliche Frage, ob dies erfolgen solle. Die Baukosten incl. eines ungenutzten Dachgeschosses bezifferte er auf 2.618.327 €, die Baukosten incl. Dachausbau auf 2.770.766€ und somit die Kostendifferenz auf 152.439€.

Bürgermeister Bertele hob die Bedeutung dieser Frage als Hauptentscheidungssache in dieser Sitzung besonders hervor. Es seien zwar noch Details mit dem Kernzeitpersonal zu klären, jedoch die Frage zum Ausbau oder wenigstens Vorbereitungen für einen späteren Ausbau habe der Gemeinderat nun zu entscheiden.

Er sprach hier beispielhaft die Situation im Rathaus an. Niemand konnte beim Bau des Rathauses wissen, dass sich einmal 2 Mitarbeiter/innen um Flüchtlinge kümmern würden. Falls noch weitere Aufgaben auf die Verwaltung hinzukämen und der Platz nicht mehr ausreiche, werde man eventuell in der Zukunft auf den kleinen Saal im Rathaus zur Nutzung ausweichen müssen und im Gefolge würden anderweitige Vereinsräume benötigt. Aus diesem Gedanken heraus plädierte er beim Neubau des Kernzeitbetriebsgebäudes die Dachräume zumindest für einen späteren Ausbau vorzubereiten oder gleich mit auszubauen.

Mehrere Gemeinderäte verwiesen auf den ständigen Bedarf an Räumlichkeiten für verschiedenste Vereinszwecke und es wurden auch konkrete Vorschläge geäußert. Durchgehend wurde in allen Wortbeiträgen der Dachgeschossausbau befürwortet.

Ein Gemeinderat bezweifelte die Richtigkeit der vorgelegten Beträge. Er vertrat die Auffassung, dass der Ausbau teuer werde. Architekt Häussler entgegnete dem, dass die Kosten um einiges steigen würden, wenn man im Dachgeschoss eine schulische Nutzung vorsehen würde. Dann bräuchte man einen zweiten baulichen Rettungsweg, der über alle Geschosse geht. Dies würde dann aber den Rahmen sprengen. Ansonsten seien seine Kostenangaben korrekt angegeben.

Nach ausführlicher Diskussion wurde die Planung incl. Dachgeschossausbau nahezu einstimmig beschlossen.

Leerrohrverlegung von Kabuflexrohren für Breitbandzwecke

Hierzu bat Bürgermeister Bertele Ingenieur Siegfried Tsalos um die fachliche Erklärung.

Beim Einbringen der Einzugsschnur in die verlegten Leerrohre kam es zu Problemen. In der Bucher Str. hätten sich die Rohre nur auf einer Distanz von 30 Meter nutzen lassen. Das gleiche Problem sei bei den Leerrohren zur Sporthalle aufgetreten. Nach dem Aufgraben an der Sporthalle konnte man sehen, dass sich die Einzugsschnur verknäult habe. Man habe zuerst vermutet, dass dies an den Schächten liege, jedoch wurde die Straße im Burgunderweg aufgedigelt und es habe sich gezeigt, dass man ohne größeren Bogen Kabel in die Leerrohre am Schacht vorbei einziehen kann. Nach dem Anruf von Herrn Siegfried Tsalos bei der Herstellerfirma der Kabuflexrohre wurde folgende Information gegeben sowie die Verlegeanleitung übersandt.

„ [...] unser Kabelschutzrohr Kabuflex ist zum *Einziehen* von Kabeln gedacht. Die mitgelieferte/montierte Einzugsschnur ist zum Einziehen des je nach Kabel individuellen Einzugsdrahtes bzw. –seiles vorgesehen.

Herr Ing. Tsalos stellt somit fest, dass der Fehler nicht an der Verlegung der Leerrohre sondern am fehlerhaften Kabeleinzug lag.

BM Bertele wies darauf hin, dass ein Verschulden und Schadensersatzansprüche nun zu prüfen seien.

Bebauungsplan „Östliche Hauptstraße“ – Verlängerung der Veränderungssperre

Für den Bereich der „östlichen Hauptstraße“ wurde am 10.02.2017 eine Veränderungssperre erlassen. Diese gilt 2 Jahre und würde mit Ablauf des 09.02.2019 außer Kraft treten.

Die Vorlage eines neuen Baugesuchs auf dem Grundstück der ehemaligen Hofstelle wurde vor einiger Zeit angekündigt, liegt jedoch noch nicht vor.

Gemeinderatsmitglieder erkundigten sich danach, weshalb die Veränderungssperre verlängert werden sollte, wenn doch das Bebauungsplanverfahren nicht vorankomme.

Bürgermeister Bertele informierte, dass er bereits mit Schreiben vom 08.05.2015 die betroffenen Eigentümer hinsichtlich einer künftigen gemeinsamen Erschließung angefragt habe und hierbei auf Ablehnung gestoßen sei. Infolge dessen habe er dem Wunsch aus dem Gemeinderat heraus zum Erlass eines Bebauungsplanes skeptisch gegenüber gestanden. Nachdem sowohl eine Veränderungssperre als auch ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan dann mit großer Mehrheit gefasst worden seien, erachtete er es nunmehr als konsequent, die Veränderungssperre insbesondere im Hinblick auf das angekündigte Baugesuch aufrecht zu erhalten. Allerdings sei eine nochmalige Verlängerung dann über den 09.02.2020 hinaus nicht mehr zulässig. Entspreche das angekündigte Baugesuch den Vorstellungen des Gemeinderates, könne man sich die Kosten für einen Bebauungsplan sparen.

Mehrere Gemeinderatsmitglieder bestätigten, dass seitens betroffener Eigentümer auch weiterhin ein Bebauungsplan abgelehnt, während eine Veränderungssperre akzeptiert werde.

Auf Rückfrage aus dem Gemeinderat erklärte der Bürgermeister weiter, dass einem vom Gemeinderat als passend bewertetes Baugesuch zugestimmt werden könne. Eine Veränderungssperre stärke jedoch die Rechtsposition der Gemeinde, falls ein unpassendes Gebäude geplant würde.

Ein Gemeinderat empfahl, sich zu möglichen Bebauungsvarianten an dieser herausgehobenen Stelle nochmals eingehend zu befassen, gegebenenfalls auch in einer Klausurtagung.

Weiter wurde aus dem Gemeinderat heraus vorgeschlagen, mit den Eigentümern nochmals Kontakt aufzunehmen und aktuell deren Vorstellungen abzufragen.

Nach eingehender Diskussion wurde die Verlängerung der Veränderungssperre mit großer Mehrheit beschlossen.

Sonstiges, Bekanntgaben

Haushaltserlass 2018

Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis bestätigte mit Erlass vom 01.10.2018 die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat am 22.03.2018 beschlossenen Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018. Die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 840.000 EUR wurde genehmigt.

Betriebsplan 2019 für den Gemeindewald Illerkirchberg

Vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis wurde mitgeteilt, dass im Jahr 2019 für den Gemeindewald aus forstwirtschaftlicher und waldbaulicher Sicht keine Maßnahmen erforderlich seien. Somit entfällt auch die Vorlage eines Betriebsplans für 2019.

Taubenvergrämung an der Sporthalle – Zwischenergebnisse und weitere Vorgehensweise

Seit 04.09.2018 wird die Vergrämung der Tauben an der neuen Sporthalle durch die Falknerei Rau ausgeführt. Mittlerweile reduzierte sich die Taubenpopulation an der Sporthalle deutlich. Nach Rücksprache mit dem Falkner kann die Anzahl der Einsätze ab November stufenweise reduziert werden.

Friedhof Unterkirchberg – Erweiterung Urnengräber/Aufstellung einer weiteren Urnenwand

Das im Jahr 2016 neu angelegte nördliche Urnenfeld (hinter der Kirche) mit insgesamt 36 Urnenerdgräbern (frei gestaltbar) wird gut angenommen. Aktuell sind 24 Urnenerdgräber belegt. Erfahrungsgemäß reichen die übrigen 12 Urnenerdgräber noch bis Herbst / Winter 2019. Durch die Auflösung vieler Reihengräber im Feld 7 könnten dort weitere Urnenerdgräber angelegt werden.

Die beiden Urnenwände sind weitestgehend belegt. Zur Erweiterung stellte Ordnungsamtsleiter Benjamin Eger zwei Alternativen zur Entscheidung:

- Urnenwand (klein – 11 Kammern) – westlich neben den bestehenden Urnenwänden
- Urnenwand (groß – 26 Kammern) – Feld 7 / Reihe 1

Die notwendige Erweiterung soll in den Haushalt 2019 mitaufgenommen werden. Die Kosten werden für die Aufstellung der Urnenwand nach Alternative 1 auf ca. 15.000 EUR bzw. nach Alternative 2 auf ca. 25.000 EUR geschätzt. Die Erweiterung der Urnenerdgräber könnte in Eigenleistung durch den Bauhof erfolgen, für das Material sind ca. 5.000 EUR vorzusehen. Nach kurzer Diskussion bat er den Gemeinderat, die Situation selber zu besichtigen.

Sitzungsberichterstattung im amtlichen Mitteilungsblatt

In der Septembersitzung des Gemeinderates hatte ein Bürger vorgeschlagen, im Mitteilungsblatt die Namen zu den jeweiligen Wortmeldungen der Gemeinderatsmitglieder zu nennen. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile sowie aufgrund der Empfehlung des Landratsamtes erfolgt die Berichterstattung wie bisher ohne Namensnennung im Mitteilungsblatt.

Voraussichtliche Termine für den Gemeinderat im Jahr 2019

Bürgermeister Bertele gab die Sitzungstermine des Gemeinderats im Jahr 2019 bekannt. Die Termine werden demnächst wieder wie üblich auf der Homepage der Gemeinde eingestellt.

Schulbauausschuss

In der letzten Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands wurde festgelegt, für den Erweiterungsbau der Gemeinschaftsschule in Staig einen Schulbauausschuss zu gründen. Als Mitglieder wurden ergänzend zum Bürgermeister die Gemeinderäte Siegfried Jung (Vertreter Richard Scharpf) und Stefan Häussler (Vertreter Giuseppe Lapomarda) bestimmt.

Ersatzbrücke

Die Brücke über den Mündelbach an der L 260 Richtung Illerrieden wird lt. Mitteilung der Straßenbauverwaltung bzw. einer Baufirma erneuert.

Verkaufsflächen der Supermärkte (künftig 1.200 m²)

Bürgermeister Bertele berichtete, dass die zulässige Verkaufsfläche für Supermärkte in der Region von bisher 800 m² auf 1.200 m² steigen solle. Er verlas dazu Mails des Regionalverbandes, in denen es unter anderem hieß:

„Diese Vorschläge überarbeitet der Regionalverband derzeit und versucht diese in Einklang mit den unterschiedlichen Landesplanungen Bayern bzw. Baden-Württemberg zu bringen... . Nach zahlreichen Gesprächen mit Vertretern des Einzelhandels sowie mit Gemeinden und verschiedenen Behörden plant der Regionalverband eine Erhöhung der Verkaufsfläche für Nahversorgungsbetriebe. Hier hatten wir auch immer die Situation von Oberkirchberg als Beispiel angeführt, da hier die grenznahe Lage besonders zum Tragen kommt.“

Nach Beschlussfassung im zuständigen Ausschuss teilte der Regionalverband weiter mit: „Nach Beratung hat das Gremium den vorgeschlagenen Plansätzen zugestimmt. Damit ist die erste Hürde geschafft, um die Nahversorgung in den Gemeinden der Region zu stärken. Es wird Sie (=Bürgermeister Bertele) sicherlich freuen, dass die Verkaufsflächengrenze für die Nahversorgung von 800 m² auf 1.200 m² steigen soll.“

Bürgermeister Bertele erinnerte daran, dass er deswegen wiederholt und nachhaltig in sehr schwierigen Verhandlungen mit dem Regionalverband gestanden hatte, um die Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Supermarktes in Oberkirchberg zu schaffen. Zum früher geplanten Standort bestand über viele Jahre hinweg keine Alternative und EDEKA habe seinerzeit 1.200 m² Verkaufsfläche als möglichen Kompromiss signalisiert. Der Bürgermeister freute sich über den nachträglichen Verhandlungserfolg, wenn auch in Oberkirchberg davon voraussichtlich nicht mehr Gebrauch gemacht werde. Herrn Hasan Sen habe er die künftige Regelung im Hinblick auf die von ihm geplante Wohn- und Geschäftshausanlage unverzüglich mitgeteilt.

An die öffentliche Sitzung schloss sich noch eine nichtöffentliche Sitzung an.